Moritz Leuenberger[1]

Wird die Demokratie zu einem binären Ritual? Geleitet von digitalen Zombies?

1. Einleitung

Der reißerische Titel warnt schon: Hier spricht kein Wissenschaftler. Hier polemisiert ein Politiker.

Die Scharnierfunktion unserer Institutionen der Technikfolgenabschätzung zwischen Wissenschaft und politischer Entscheidung bringt es mit sich, dass sich auch Politikerinnen und Politiker bei ihnen melden. Ich selber wollte den gegenseitigen Einfluss vertieft erfahren und mitgestalten, denn ich habe in meiner vorherigen Tätigkeit immer wieder erfahren: Neue Technologien verändern die Gesellschaft ebenso stark wie politische Visionen. Unsere Institute wollen die Technikfolgen abschätzen, um ebendiese Veränderungen zu untersuchen. Beide, Technologien und gesellschaftliche Überzeugungen, beeinflussen sich wechselseitig: Technologien verändern unser Denken, gesellschaftliche Überzeugungen bestimmen darüber, welche Technologien gefördert und welche Grenzen ihnen gesetzt werden.

Was die Auswirkungen der Digitalisierung auf demokratische Strukturen betrifft, bildet sie ein derart enges Gewebe, dass Ursache und Wirkung kaum voneinander entflochten werden können. Die Zusammenhänge analysieren zu wollen, gestaltet sich umso schwieriger, als weder Digitalisierung noch Demokratie klar umschriebene Begriffe darstellen. Unter Digitalisierung wird die Umwandlung von analogen Informationen in digitale Formate begriffen. Doch in den öffentlichen Diskussionen wird sie meist kurzerhand mit sozialen Medien, dem Smartphone oder dem Internet gleichgesetzt. Nicht minder vielfältig ist das Verständnis von Demokratie. Es reicht von der bloßen Abstimmung über Mehr- und Minderheit bis zur inhaltlichen Gestaltung einer Gemeinschaft, die ohne rechtsstaatliche oder menschenrechtliche Garantien nicht demokratisch sein kann. Daher kann der digitale Einfluss auf die Demokratie wissenschaftlich kaum aufgearbeitet und wertfrei ausgeleuchtet werden. Umso freier fühle ich mich als ehemaliger Politiker, mich heute vor allem den politischen Fragen zu widmen, die mich zu diesem Thema beschäftigen.

---

1 Schriftliche Fassung der Keynote per Zoom am 12. Mai 2021, in Zusammenarbeit mit Elisabeth Ehrensperger, Geschäftsführerin der Schweizerischen Stiftung TA-SWISS.

https://doi.org/10.5771/9783748928928-59 - am 28.12.2025, 05:39:16. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die wichtigen Themenbereiche, die um soziale Medien, Fake News, um die „Blasenbildung“ oder die personalisierte Beeinflussung von Wählerinnen und Wählern kreisen, sind oder werden noch aus berufeneren Munden ausführlich behandelt, so dass ich mir erlaube, sie hier nicht auch noch zu beleuchten. Ich beschränke mich meinerseits auf sieben Thesen, die ich Ihnen aus meiner Sicht erläutern möchte:

1. Wählerinnen und Wähler, Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mutieren zu digital gesteuerten Wesen, die nur noch auf Multiple-Choice-Vorlagen binär reagieren statt differenziert agieren können.
2. Demokratien reduzieren sich zunehmend auf die bloße Ermittlung von Mehr- und Minderheit. Schon verkommt sie zu einem binären Ritual. Ihr Wesen ist aber, nach Kompromiss und Ausgleich zu streben.
3. Die verschiedenen Geschwindigkeiten digitaler und demokratischer Prozesse führen zum Ruf, es müssten sich auch demokratische Abläufe beschleunigen. Diesem Ruf müssen wir widerstehen.
4. Demokratie muss ihrer eigenen Geschwindigkeit folgen und die braucht Zeit.
5. Digitalisierung benachteiligt jene, die nur beschränkten Zugang zur neuen Technologie haben. Die Vermeidung digitaler Gräben ist eine wesentliche Aufgabe zur Erhaltung oder zur Wiederherstellung einer Demokratie.
6. Digitale Technologien stellen demokratische Grundwerte wie Solidarität und Ausgleich auf die Probe. Es ist an den politisch Verantwortlichen, diese Grundwerte zu pflegen und die Entwicklung der Technologien entsprechend in die Schranken zu weisen.
7. Digitalisierung eröffnet neue Perspektiven für die Weiterentwicklung der Demokratie. Entsprechende Projekte sind politisch zu fördern.
8. Der Wandel ist jeder Demokratie immanent. Er soll nicht nur hingenommen, sondern aktiv gestaltet werden.

2. Digitalisierung führt zu binären Denk- und Verhaltensmustern

Digitaltechnik nutzt binäre Werte. Sie kann nur die beiden Zustände 0 oder 1 annehmen. Diese Beschränktheit überträgt sich auf unser aller Denken. Wir beobachten eine zunehmende Polarisierung in allen Demokratien, indem nur entweder für oder gegen eine Vorlage, für oder gegen eine Meinung entschieden werden kann. Differenzierungen und Grautöne bleiben aus. Die Reduktion der demokratischen Auseinandersetzung auf zwei statt auf eine Vielfalt von politischen Parteien ist eine Folge davon.

Ich frage mich: Ist dies ein zufälliges Zusammentreffen eines gesellschaftlichen und eines technologischen Phänomens, oder gibt es einen

https://doi.org/10.5771/9783748928928-59 - am 26.12.2025, 05:39:16. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zusammenhang zwischen den beiden Entwicklungen? Es entspricht jedenfalls das binäre Verhaltensmuster des Entweder / Oder *nicht* dem inneren Wesen einer Demokratie. Die systematische Konfrontation im täglichen Leben mit binär konditionierten Bots statt mit differenziert reagierenden Menschen zwingt uns in Denkmuster, die keine analogen Erklärungen oder Differenzierungen zulassen.

Ob Konsumentin, Staatsbürger, ob Kundin, Klient oder Patientin: Wir werden alle zu einem binären Verhalten konditioniert. Früher, in analogen Beziehungen, konnten wir uns gegenüber anderen Menschen erklären und differenzieren. Heute hingegen mutieren wir zu binären Wesen, die nur noch Mäh oder Bäh blöken dürfen. Diese Verblödungstendenz greift die Substanz heutiger Demokratien an. Es kommt dazu, dass die Summen von Fakten, die teils wahr, teils zweifelhaft und teils bewusst falsch sind, viele von uns überfordern. Wir fliehen dann in bloße Meinungen und verweigern uns so einer rationalen Auseinandersetzung. Das ist einfacher und wird von manchen politischen Führungsfiguren gepflegt: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns." Solches aber ist Gift für jede Demokratie.

3. Demokratie besteht nicht in der bloßen Ermittlung von Mehr- und Minderheit – Beschränkt sie sich darauf, verkommt sie zu einem binären Ritual: Ihr Wesensmerkmal ist der Kompromiss, der Ausgleich, der Einbezug von Minderheiten.

Das Wesen einer Demokratie wurde immer wieder, auch in analogen Zeiten, auf die Abstimmung zwischen Mehrheit und Minderheit reduziert. Schon Pilatus fragte: Wer ist für die Verurteilung? Wer dagegen? Und wusch dann seine Hände in Unschuld.

„Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Demokratie ist ein Segen!" Ein allzu einfaches und gefährliches Motto. Demokratie ist kein Plebiszit. Demokratie muss auch Minderheiten berücksichtigen. Sie muss Zwischenlösungen finden. Alle sollen sich in einem Entscheid wiedererkennen können, auch Überstimmte, auf deren Argumente eingegangen wurde, auch Minderheiten, auf die gehört wurde. Ein demokratischer Entscheid berücksichtigt die Gesamtheit der Bedürfnisse und Interessen.

In diesem Sinne ist demokratisches Denken ein analoges Verhalten. Es ist geprägt von Vernunft und Bewusstsein, aber auch von Erinnerung, Hoffnung, von unerwarteten Verknüpfungen. Dazu bedarf es der Kraft zur Fantasie und zur Assoziation. Dies erst befähigt zu kreativer Suche und zum Finden von neuen Lösungen, die im binären Entweder / Oder oft gar nicht gefunden werden können. Diese schöpferische Fähigkeit, frei von den auseinanderklaffenden und aufeinanderprallenden Interessen der Pole,

https://doi.org/10.5771/9783748928928-59 - am 28.12.2025, 05:39:16. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

erlaubt, Gegensätze aufzuheben. Nur sie findet Lösungen, in denen sich verschiedene Minderheiten finden können.

Daumen rauf, Daumen runter, ein niedliches Emoji, aber untauglich für demokratische Entscheide.

4. Die Demokratie hat ihre eigene Geschwindigkeit – sie darf sich niemals der digitalen Beschleunigung unterordnen

Die Geschwindigkeiten digitaler und demokratischer Prozesse klaffen weit auseinander und werden als inkompatibel empfunden. Politische Abläufe, so wird moniert, müssten sich ebenfalls wesentlich beschleunigen, um mit den globalen Veränderungen Schritt zu halten. Doch ist es eine kurzsichtige Folgerung, die digitale Geschwindigkeit auf diejenigen einer Demokratie übertragen zu wollen, wie es in einigen bisherigen Interventionen unseres Kongresses auch schon zum Ausdruck kam.

Der Prozess der Meinungsbildung in unseren Demokratien will ganz bewusst widersprüchliche Auffassungen austarieren, Kompromisse ermöglichen und auch die notwendige Zeit für ein Umdenken aller Betroffenen garantieren. Das ist zunächst nachhaltiger, weil ein derart zustande gekommener Entscheid breitere Akzeptanz erfährt als ein im Eilzugstempo über das Knie gebrochener. Er führt abgesehen davon oft auch sehr viel schneller und effizienter zu einem Ziel als ein autoritäres und technokratisches Vorgehen. Ich kann es mir als ehemaliger Schweizer Verkehrsminister nicht verkneifen, auf die Erstellung des längsten Tunnels der Welt hinzuweisen: Der Gotthard Basistunnel wurde zeitgerecht und ohne Kostenüberschreitung pünktlich eröffnet. Er wurde in fünf eidgenössischen Volkabstimmungen beschlossen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger entschieden über den Grundsatz, über die Streckenführung, über die Finanzierung, wozu sie separat über eine spezielle Maut (leistungsabhängige Straßenverkehrsabgabe, LSVA) abstimmten, und über die vertragliche bilaterale Einbettung mit der EU inklusive Finanzierung. Es gibt Projekte in unseren Nachbarländern, die, obwohl in einer repräsentativen Demokratie durchgeführt und zum Teil privat organisiert und finanziert, die im Gegensatz zu unseren Erfahrungen von Kostenüberschreitungen und Verspätungen geprägt waren.

Die Vorbereitung einer Volksabstimmung braucht ihre Zeit, damit Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sich ihre Meinung bilden und sie allenfalls auch ändern können. Doch die so gewonnene Einigkeit verhilft einem Projekt zu einer schnelleren Durchführung, als wenn während der Umsetzung dauernd mit Widerständen gerechnet werden muss.

Die digital mögliche und in autoritären Regimes übliche Geschwindigkeit des politischen Handelns auf Gemeinschaften zu übertragen, in denen

https://doi.org/10.5771/9783748928928-59 - am 26.12.2025, 05:39:16. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die Akzeptanz aller Betroffenen notwendig ist, entspricht nicht dem Grundgedanken der Demokratie. Wir können die Entwicklung der Technologie und der Politik nicht Expertinnen und Experten oder Algorithmen überlassen. Das Allgemeinwohl zu bestimmen, ist in einer Demokratie die Sache aller. Das erfordert Zeit und Sorgfalt, auch im digitalen Zeitalter.

Eine Volksabstimmung kann auch nicht mit der schnelleren Meinungsumfrage ersetzt werden. Es besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen einer Meinungsumfrage, welche die unvorbereiteten Befragten telefonisch mit einer Frage konfrontiert, worauf aus dem Bauch heraus oberflächlich eine Meinung abgesondert wird, und einer Abstimmung, der eine ausgiebige demokratische Diskussion vorangeht.

5. Digitale Gräben gefährden die Grundwerte einer Demokratie.

Dank Digitalisierung können Informationen und Dienstleistungen der Verwaltung viel schneller erbracht werden. Was zunächst ein unbestreitbarer Vorteil für alle Betroffenen ist, kann zu Benachteiligungen führen. Hand aufs Herz: Stehen auch dem offline-Bürger alle staatlichen Dienstleistungen zur Verfügung oder fällt er durch die Maschen, weil er digitale Technologien und Medien nicht nutzen kann oder will?

Es widerspricht der verfassungsrechtlich garantierten Rechtsgleichheit, wenn Menschen, welche im Umgang mit digitaler Technik nicht oder ungenügend ausgebildet sind, vom Zugang beispielsweise zu lebensrettenden Maßnahmen ausgeschlossen werden. Dies war in der Schweiz dort der Fall, wo ältere Menschen und Risikopatienten beim Start der Covid-19-Impfungen faktisch ferngehalten wurden. Sie konnten den unübersichtlich und unnötig komplizierten Verfahren ohne fachtechnischen Sukkurs nicht gewachsen sein.

Nicht wenige Staaten, die auf eine rasche und flächendeckende Umsetzung von E-Government gesetzt haben, vermelden Rückschläge im Kontakt mit ihren Bürgerinnen und Bürgern: Die Umstellung auf die digitale Kommunikation mit ihren Online-Formularen, auf den digitalen Zahlungsverkehr und die parallel dazu abgeschafften telefonischen Kontaktmöglichkeiten, das Schließen von Schaltern und Büros, ohne verbleibende analoge Alternativen, führen nicht automatisch zu mehr Effizienz. Vielmehr drohen sie, den Draht zum Bürger oder zur Bürgerin zu kappen. Frustration und Widerstand richten sich dann gegen staatliche Strukturen, wenn es nicht mehr möglich ist, sich auf einem Amt mit einer Person direkt über ein administratives, für die Betroffenen vielleicht existenzielles Problem auszutauschen.

https://doi.org/10.5771/9783748928928-59 - am 28.12.2025, 05:39:16. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Eine Demokratie muss allen das Recht auf Zugang zu staatlichen Dienstleistungen garantieren, auch Analphabeten und Illetristen oder jenen, die sich – aus welchen Gründen auch immer – offline bewegen müssen oder wollen.

Dazu gehört das Anrecht auf ein minimales Zeitfenster für das persönliche Gespräch an einem Schalter oder am Telefon, um etwas erklärt zu bekommen oder auf alternative Lösungsvarianten hingewiesen zu werden. Alles andere ist unmenschlich. Solches vermag ein digitales Bot nicht zu erbringen. Es ist kein Mensch. Es hat keine Empathie.

6. Digitale Technologien stellen Grundwerte der Demokratie auf die Probe

Digitale Technologien errechnen ökonomische Werte und Zusammenhänge. Werte, auf denen Religionen, Philosophien oder die Zivilisation gebaut sind, vermögen sie nicht zu erfassen.

Eine Folge davon ist, dass auch der Mensch stets nur in Zahlen dargestellt wird. Es wird sein Risiko, zu erkranken oder zu sterben, errechnet. Es wird seine ökonomische Zukunft berechnet. Ein digitales Menschenbild entsteht. Humane, humanistische Werte bleiben ausgeklammert. Es wird digital errechnet, wie lange ein Arzt / Ärztin für die Behandlung eines Patienten braucht. Psychologische und soziale Elemente werden ausgeblendet, weil sie nicht quantifizierbar sind. Für die Gesamtbeurteilung eines Patidenten wäre es aber wichtig. So wird die Medizin in Einzelteile atomisiert und kann dem Patienten nicht mehr gerecht werden.

Die 1:0-Technologien ignorieren mit ihrer Allgegenwart die Grundlagen, auf denen die Demokratie aufgebaut ist. Dies aber gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den die Demokratie schaffen will. So wird etwa im Versicherungswesen einschließlich der Krankenkassen dank digitaler Technologien die Querfinanzierung zwischen Risikogruppen für jedermann ersichtlich aufgezeigt. Dies, so die Bedenken, beschleunigt den Zerfall des Solidaritätsgedankens, der einer Versicherung innewohne. Insbesondere das frühzeitige Wissen um vorbestimmende Krankheiten rüttelt an der Grundhaltung, wonach jedes menschliche Leben gleichberechtigt ist.

Um diese Gleichberechtigung der Schwachen zu erreichen, wurden zahlreiche Formen von Querfinanzierung geschaffen, auch die zwischen gesundheitlich Stärkeren und Schwächeren.

Wesentlich ist die inhaltliche Diskussion in der Demokratie über diesen Ausgleich. *Sie* ist für eine demokratische Gesellschaft entscheidend und diese hat sich ihnen zu stellen, gerade wenn sie permanent mit detaillierten Erkenntnissen über Kostenverursacher konfrontiert wird. Es entspräche jedenfalls nicht demokratischen Prinzipien, wenn Fakten verschleiert wür-

https://doi.org/10.5771/9783748928928-59 - am 26.12.2025, 05:39:16. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den, um diesen Grundgedanken nicht zu gefährden. Wenn die Solidarität in Gefahr ist, dann nicht wegen der digitalen Technologie, sondern wegen der politischen Gewichtung gesellschaftlicher Werte.

7. Die Förderung von innovativen digitalen Projekten zugunsten der Demokratie

Parallel zu diesen, eher skeptisch diskutierten Entwicklungen beobachten wir digitale Innovationen, welche demokratische Verantwortung kreativ erleichtern. Auf politischer Ebene werden derzeit von unzähligen Akteuren Projekte mit digitalen Dienstleistungen vorangetrieben, etwa Plattformen für Ideenaustausch, für politische Information und für aktive demokratische Einmischung. Es gibt Apps für die politische Partizipation von Jugendlichen, für die Online-Unterschriftensammlung, es gibt digitale Systeme zur Wahlunterstützung. Es gibt Apps, welche lokale politische Themen aufgreifen und die politische Beteiligung fördern.

Dies sind alles Projekte, welche die ursprüngliche Bedeutung der Citoyennes und Citoyens in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung aufnehmen und ihnen einen neuen Sinn verleihen. Dies führt mitunter zu einer Erneuerung oder zu einer „Verwesentlichung" der Demokratie, etwa, wenn Unterschriften für ein Referendum oder eine Initiative schnell gesammelt werden und eine politisch umstrittene Frage deswegen rasch entschieden werden kann.

8. Demokratie ohne Wandel ist keine Demokratie

Digitalisierung weckt Hoffnungen. Wir können sie einlösen, wenn wir sie im ursprünglichen Sinn unserer Demokratie nutzen und gleichzeitig die Gefahren des Missbrauches bannen, sei dies national, supranational oder global. Unsere Demokratien haben sich über Jahrhunderte immer wieder stark verändert. Sie werden auch künftig Veränderungen unterworfen sein. Dies ist ihr Wesensmerkmal. Eine Demokratie darf nicht zu einem Ritual erstarren. Um dies zu verhindern, hat die Digitalisierung eine wesentliche Aufgabe. Denn: Nur eine Demokratie, die sich verändert, bleibt eine lebendige Demokratie.

https://doi.org/10.5771/9783748928928-59 - am 28.12.2025, 05:39:16. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748928928-59 - am 26.12.2025, 05:39:16. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Lügenmaschinen und Onlinehass – die dunkle Seite der Digitalisierung

https://doi.org/10.5771/9783748928928-59 - am 28.12.2025, 05:39:16. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783748928928-59 - am 26.12.2025, 05:39:16. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -